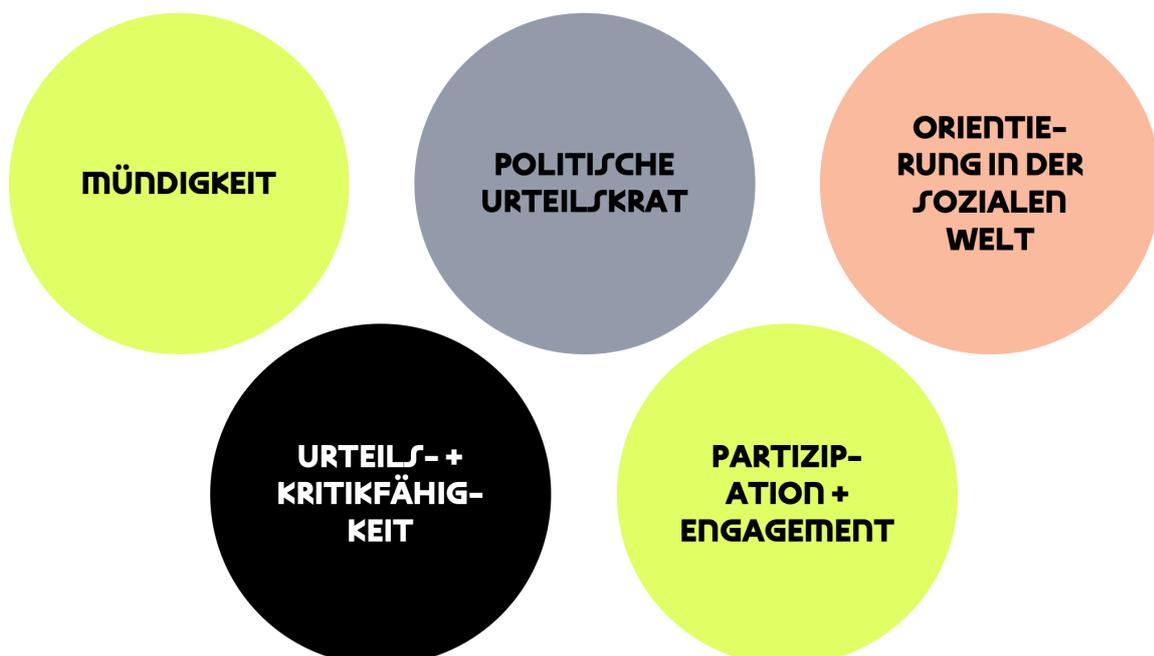


WANN IST POLITISCHE BILDUNG GUT?

Manuskript zu einer digitalen Lecture der John-Dewey-Abendschule
von Prof. Dr. Anja Besand
Lektorat: Ann-Christin Belling

Gibt es Indikatoren, mit deren Hilfe man diese Frage beantworten kann oder klare Leitsätze, an denen man sich bei der Gestaltung von Bildungsangeboten orientieren sollte, damit diese auf jeden Fall gelingen? Klar gibt es die! Aber es ist – wie Sie sich denken können – wie immer kompliziert.

Man könnte nämlich auch umgekehrt fragen: Gibt es überhaupt „schlechte“ politische Bildung? Politische Bildung basiert auf der Mündigkeit des Menschen. Sie fördert die politische Urteilskraft der Bürgerinnen und Bürger und damit des demokratischen Souveräns. Sie verbessert die Orientierungsfähigkeit in der sozialen Welt. Sie entwickelt die Urteils- und Kritikfähigkeit gegenüber gesellschaftlichen Phänomenen. Sie befördert die Kompetenzen zur politischen Partizipation und zum bürgerschaftlichen Engagement. Diese Intentionen sind normativ grundsätzlich positiv besetzt.



Ist politische Bildung dadurch nicht schon im Grundsatz „gut“ – im Sinne einer Förderung der Gemeinwohl- und Demokratieorientierung (vgl. Autorengruppe 2016, S. 7)?

Das könnte man tatsächlich denken – und auch wenn der Gedanke, so wie wir ihn hier am Anfang dieser Lecture platziert haben, natürlich ein kleines bisschen naiv klingt (und Sie sich denken können, dass der Zusammenhang hier gleich genauer unter die Lupe genommen wird) ist die Vorstellung, dass politische Bildung oder Angebote zur politischen Bildung einfach gut sein müssen, sehr viel weiter verbreitet als man annehmen könnte. Sie spiegelt sich in Förderprogrammen und Aktionsplänen. Sie motiviert zum Engagement in diesem Feld und sie tröstet, wenn Bildungsprozesse anstrengend und nervenaufreibend sind. Aber ist er deshalb auch wahr?

Nein, es gibt durchaus schlechte politische Bildung oder politische Bildung, die zum Schlechten führt und mit dieser schlechten politischen Bildung wollen wir die heutige Lecture auch beginnen. Denn auch und gerade aus Fehlern oder schlechter Praxis kann man vieles lernen. Und das, was wir auf diesem Weg lernen, können wir dazu benutzen, die Frage, *wann politische Bildung gut ist*, anschaulich und nachhaltig zu beantworten.

Machen wir uns also auf den Weg und suchen nach Beispielen für schlechte politische Bildung – das kann ja spannend werden. Vielleicht überlegen Sie zunächst einmal selbst: Wann würden Sie sagen ist politischen Bildung schlecht? Fallen Ihnen Situationen oder Konstellationen ein, die Sie entweder als Bildungsteilnehmer:innen selbst erlebt haben oder als Bildungsverantwortliche nicht vermeiden konnten – was kommt Ihnen da in den Sinn?

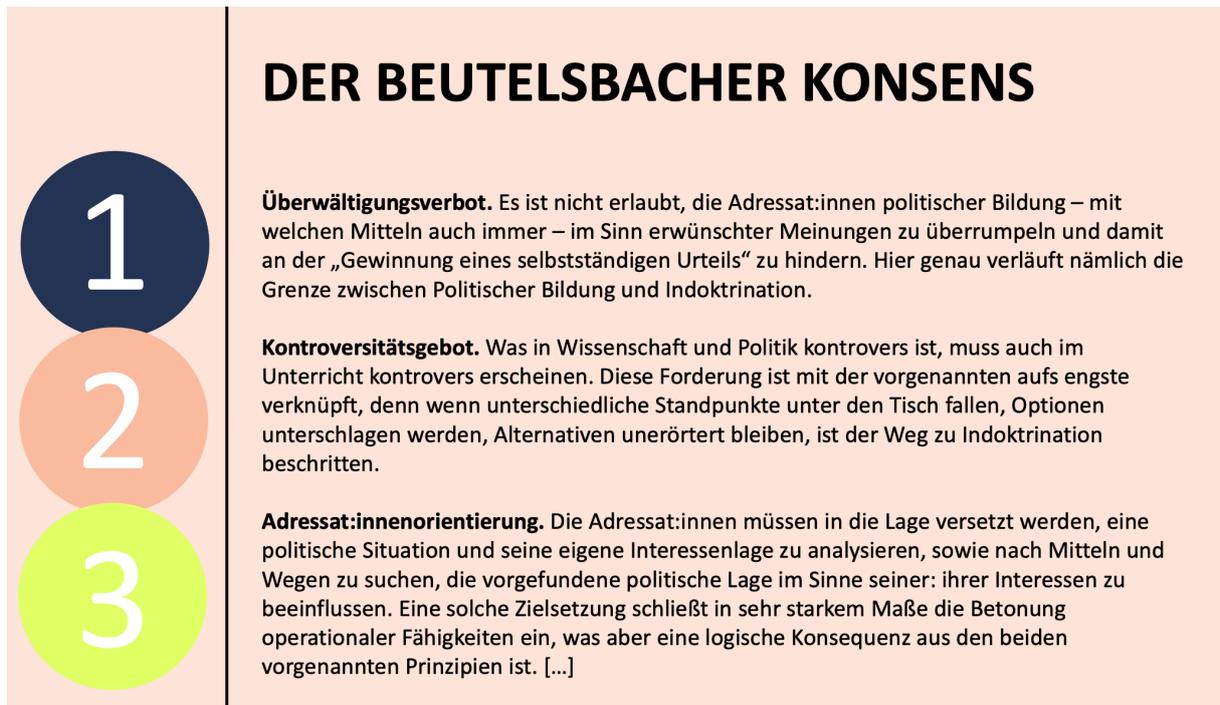
Ist Ihnen etwas eingefallen? Wir in der John-Dewey-Forschungsstelle interessieren uns sehr für Momente misslingender politischer Bildung – Wenn Sie Lust haben, schreiben oder skizzieren Sie uns doch kurz den Zusammenhang und schicken Sie uns das Ganze unter dem Betreff „Abendschule: Beispiele für misslingende politische Bildung“ an unsere Adresse: joddid@tu-dresden.de.

Dass wir uns für misslingende Praxis interessieren, haben wir übrigens von unserem Namensgeber John Dewey gelernt. Denn John Dewey war der Meinung, dass es kein absolutes Gutes gibt – und sich das Gute deshalb nur schwer bestimmen lässt. Wenn man sich für das Gute – oder nach Dewey das Gelingende – interessiert, muss man sich zunächst mit dem Misslingenden oder – wörtlich: mit dem „zurückgewiesenen Guten“ beschäftigen – nur so findet man einen Weg zum Gelingenden.

Okay, aber schauen wir uns doch erst einmal um. Wo finden wir Anhaltspunkte für schlechte politische Bildung? Ein erster Beleg für schlechte politische Bildung findet sich eigentlich recht leicht. Er spiegelt sich in Vorbehalten gegen den Bildungsbereich, die sich in Alltagsgesprächen leicht rekonstruieren lassen. Ganz offensichtlich haben nicht wenige Menschen nämlich Sorge, dass sie im Rahmen politischer Bildung einer einseitigen ideologischen Beeinflussung ausgesetzt sind – „Brainwashing“ wäre das zugespitzte Stichwort. Diese Sorge ist hier in Ostdeutschland besonders verbreitet und lässt sich mit Verweis auf die Erfahrungen in der Staatsbürgerkunde auch plausibilisieren. Und auch wenn die Häufigkeit und Heftigkeit, mit der diese Sorge vorgetragen wird, oft nicht begründet ist (denn politische Bildung in der Demokratie ist etwas gänzlich anderes als die alte Staatsbürgerkunde), sollte uns diese Sorge doch ermahnen, Bevormundungen in der politischen Bildung tunlichst zu vermeiden.

Der Beutelsbacher Konsens

Ein Instrument, das uns in diesem Zusammenhang unterstützt, ist der Beutelsbacher Konsens. Der Beutelsbacher Konsens ist eine Vereinbarung, die im Jahr 1976 in besagtem Beutelsbach getroffen wurde – in der John-Dewey-Abendschule kommen wir immer wieder auf ihn zu sprechen, was zum einen sichtbar macht, wie bedeutsam dieser Konsens im Hinblick auf die Güte politischer Bildung ist – gleichzeitig macht die Häufigkeit der Verweise auf diesen Konsens aber auch sichtbar, wie herausfordernd es zuweilen ist, ihm auch wirklich gerecht zu werden.



DER BEUTELSBACHER KONSENS

- 1 Überwältigungsverbot.** Es ist nicht erlaubt, die Adressat:innen politischer Bildung – mit welchen Mitteln auch immer – im Sinn erwünschter Meinungen zu überrumpeln und damit an der „Gewinnung eines selbstständigen Urteils“ zu hindern. Hier genau verläuft nämlich die Grenze zwischen Politischer Bildung und Indoktrination.
- 2 Kontroversitätsgebot.** Was in Wissenschaft und Politik kontrovers ist, muss auch im Unterricht kontrovers erscheinen. Diese Forderung ist mit der vorgenannten aufs engste verknüpft, denn wenn unterschiedliche Standpunkte unter den Tisch fallen, Optionen unterschlagen werden, Alternativen unerörtert bleiben, ist der Weg zu Indoktrination beschritten.
- 3 Adressat:innenorientierung.** Die Adressat:innen müssen in die Lage versetzt werden, eine politische Situation und seine eigene Interessenlage zu analysieren, sowie nach Mitteln und Wegen zu suchen, die vorgefundene politische Lage im Sinne seiner: ihrer Interessen zu beeinflussen. Eine solche Zielsetzung schließt in sehr starkem Maße die Betonung operationaler Fähigkeiten ein, was aber eine logische Konsequenz aus den beiden vorgenannten Prinzipien ist. [...]

Der Beutelsbacher Konsens besteht aus drei Punkten:

Dem Überwältigungsverbot, das darauf hinweist, dass es nicht erlaubt ist die Adressat:innen politischer Bildung im Sinne eines erwünschten Ergebnisses oder einer erwünschten Meinung zu überrumpeln.

Dem Kontroversitätsgebot, das unterstreicht, dass alles was in Politik und Wissenschaft kontrovers ist auch in Bildungsprozessen kontrovers erscheinen muss.

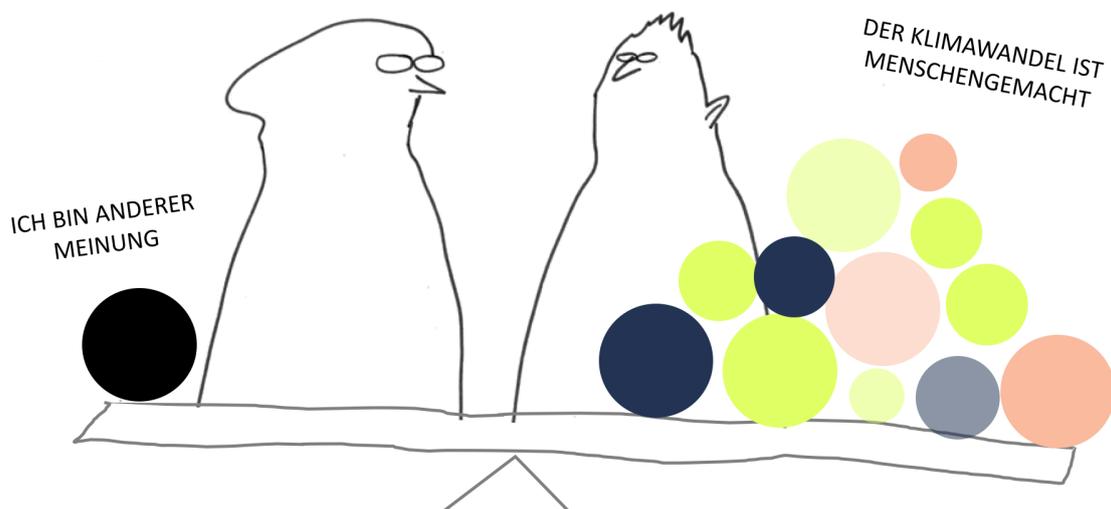
Und last but not least der Adressatenorientierung, die betont, dass Bildungsprozesse so angelegt werden müssen, dass sie die Bildungssubjekte in die Lage versetzen die politische Situation im Sinne ihrer Interessen zu analysieren und zu verändern.

Ich bin sicher, das hören Sie hier nicht zum ersten Mal. Der Beutelsbacher Konsens ist ein – wenn nicht *der* wichtigste Professionsstandard der politischen Bildung. Er bildet so etwas wie den Berufsethos, auf dessen Grundlage wir in der politischen Bildung arbeiten. Er hat sich entwickelt in einer Zeit und gesellschaftlichen Lage die – wie heute – als polarisiert zu beschreiben wäre – und in der gesellschaftliche Konflikte bis tief in Bildungsprozesse hinein sichtbar geworden sind. Er ist aus unserer Sicht wirklich wichtig und überaus wertvoll. Aber es sind mit ihm auch schwerwiegende Missverständnisse verbunden.

Denn was heißt das denn – alles was in Politik und Wissenschaft kontrovers ist, muss auch in Bildungsprozessen kontrovers erscheinen? Heißt das, dass wir in der politischen Bildung lediglich zwischen unterschiedlichen Meinungen, Haltungen und Positionen moderieren?



In der politischen Bildung geht es nicht nur um einen zivilen Austausch von Meinungen. Darum geht es auch in der Demokratie nicht. Vielmehr geht es um die begründete Beurteilung politischer Ideen und Vorschläge aus sowohl zweck- wie wertrationaler Perspektive. Es geht also immer darum sich zu fragen: funktioniert das, worüber wir hier sprechen, überhaupt und wollen wir das? Ist das auch unter ethischen Gesichtspunkten zu rechtfertigen? Wenn das nicht passiert, wenn alle Äußerungen mit dem Vereis auf die Meinungsfreiheit als gleich gültig behandelt werden, dann sprechen wir in der politischen Bildung auch von der sogenannten *Meinungsfalle*. Es wäre geradezu fatal, wenn die Teilnehmer:innen politischer Bildung in Bildungsprozessen den Eindruck erhalten würden, alle Meinungen seien letztendlich in gleichem Maße berechtigt. In der journalistischen Diskussion spricht man in diesem Zusammenhang auch von „False Balance“.



Der Begriff „*False Balance*“ beschreibt Situationen, in denen im Versuch eine Debatte zu stiften (oder abzubilden) Sprecher:innen mit unterschiedlichen Standpunkten zu einer Frage so platziert werden, als wären die Positionen, die sie vertreten, gleich stark oder gleich berechtigt – obwohl sie es in Wirklichkeit nicht sind. Als Beispiel könnte man sich eine Talkshow vorstellen, in der über Klimawandel gestritten wird und die Position, die darstellt, dass der Klimawandel menschengemacht ist und die durch vielfache Wissenschaftler:innen bestätigt wurde, gleichberechtigt neben eine Stimme gestellt wird, die diesen Zusammenhang bestreitet. Solche Gleichstellungen kommen auch in Bildungsprozessen immer wieder vor und werden dort oft mit dem Beutelsbacher Konsens begründet. Es handelt sich hier aber um ein Missverständnis. Der Beutelsbacher Konsens verlangt auch nicht, dass neben die Darstellung der Shoa Hinweise aus dem Feld der Holocaustleugnung gestellt werden. Wenn dies oder ähnliches doch passiert – wenn widerlegte Tatsachenbehauptungen als relevante Meinungen neben Tatsachen gestellt werden, dann haben wir es mit schlechter politischer Bildung zu tun.

Indifferenz vermeiden!

Rico Behrens hat in seinem spannenden Buch „*Solange sie sich im Klassenzimmer anständig benehmen*“ von 2014 gezeigt, was passiert, wenn Bildungsverantwortliche in Bildungssituationen zum Beispiel menschenfeindlichen und geschichtsrevisionistischen Positionen gegenüber indifferent bleiben – wir können das in diesem Stück nur andeuten, aber Indifferenz ist der Tod eines gelungenen Bildungsprozesses in unserer Domäne und trotzdem gilt, dass Bevormundung der Adressat:innen dringend zu vermeiden ist. Wenn Sie dieser Spur intensiver nachgehen wollen, verweisen wir gerne auf die Abendschulstücke „*Politische Bildung unter Druck*“ und „*Politische Bildung mit Haltung*“, die dem Zusammenhang noch einmal genauer nachgehen.

Typische Fallen in der politischen Bildung

Unser Fokus hier ist aber etwas allgemeiner auf die Frage gerichtet, wann politische Bildung gut ist beziehungsweise was wir aus der Betrachtung schlechter politischer Bildung darüber lernen, wann politische Bildung gelingt. Eine typische Falle, in die wir in der politischen Bildung tappen können, ist dabei schon angesprochen – die **Meinungsfalle**. Ich gehe von insgesamt sieben Fallen aus. Hier sehen Sie eine erste Übersicht. Neben der Meinungsfalle sprechen wir auch von der **Moralisierungsfalle**. Sie wird immer dann virulent, wenn durch die vorschnelle Unterscheidung zwischen Richtig und Falsch, Gut und Böse, Deutungen vorschnell als unerwünscht markiert und damit gegen Kritik immunisiert werden.

Dann gibt es noch die **Wissensfalle** und die **Kontextfalle**, die beide darauf hinweisen, dass es in der politischen Bildung um politische Debatten geht und nicht um die nackte Vermittlung politischer Fakten.

DIE FALLEN

KONTEXT-FALLE

Die politischen, ökonomischen und sozialen Entscheidungsfragen verschwinden hinter einer Flut von Einzelinformationen

MEINUNGS-FALLE

Alle im Bildungsprozess geäußerte Meinungen und Einstellungen werden als gleich gültig anerkannt. Das kann zu einem kriterienlosen Relativismus führen, der Menschen mit ihren Orientierungsbedürfnissen alleine lässt.

PARALLELISIERUNGS-FALLE

Um komplexe politische Zusammenhänge anschaulich zu machen werden oft Vergleiche gezogen – der Staat ist wie eine große Familie, der Klassenrat unser Parlament. Die Grenzen dieser Analogien werden dabei häufig nicht aufgedeckt

MORALISIERUNGS-FALLE

Durch vorschnelle Unterscheidung von GUT und BÖSE werden bestimmte Deutungen als erwünscht, objektiv und wahr gekennzeichnet und damit gegen Kritik und skeptische Fragen immunisiert

SCHEINBETEILIGUNGS-FALLE

Partizipation will geübt werden. Das ist auch in Bildungsprozessen wichtig. Aber Achtung: die Durchführung von Wahlen und Abstimmungen allein ist noch kein Garant für eine echte Beteiligung. Es muss auch etwas zu entscheiden sein.

WISSENS-FALLE

Werden im Rahmen politischer Bildung vornehmlich Einzelinformationen ohne Einbettung und Kontext präsentiert, besteht die Gefahr der Entpolitisierung

LEGITIMATIONS-FALLE

Insbesondere in Zeiten, in denen die liberale Demokratie unter Druck steht, gerät die politische Bildung oft schnell in die Defensive und versteigt sich in der Legitimation bestehender Strukturen und Verfahren. Legitimation ist aber nicht die Aufgabe politischer Bildung.

Denn politische Bildung ist nicht Erziehung und durch die Vermittlung von mehr Wissen entsteht auch nicht mehr Interesse für Politik.

Eine weitere Falle, die mir oft begegnet, ist die **Parallelisierungsfalle**. Sie wird immer dann gefährlich, wenn wir in Bildungsprozessen – oft mit guten Absichten – mit Analogien arbeiten. Aber die Wahlentscheidung ist am Ende eben doch nicht mit Konsumententscheidungen vergleichbar. Das Parlament nicht mit dem Klassenrat und die Bundesrepublik funktioniert auch nicht wie ein Dorf oder eine Familie. So, Sie haben jetzt schon den Eindruck, dass in der politischen Bildung überall Fallen aufgestellt sind, aber es fehlen noch zwei und die letzten beiden Fallen sind mir ganz besonders wichtig.

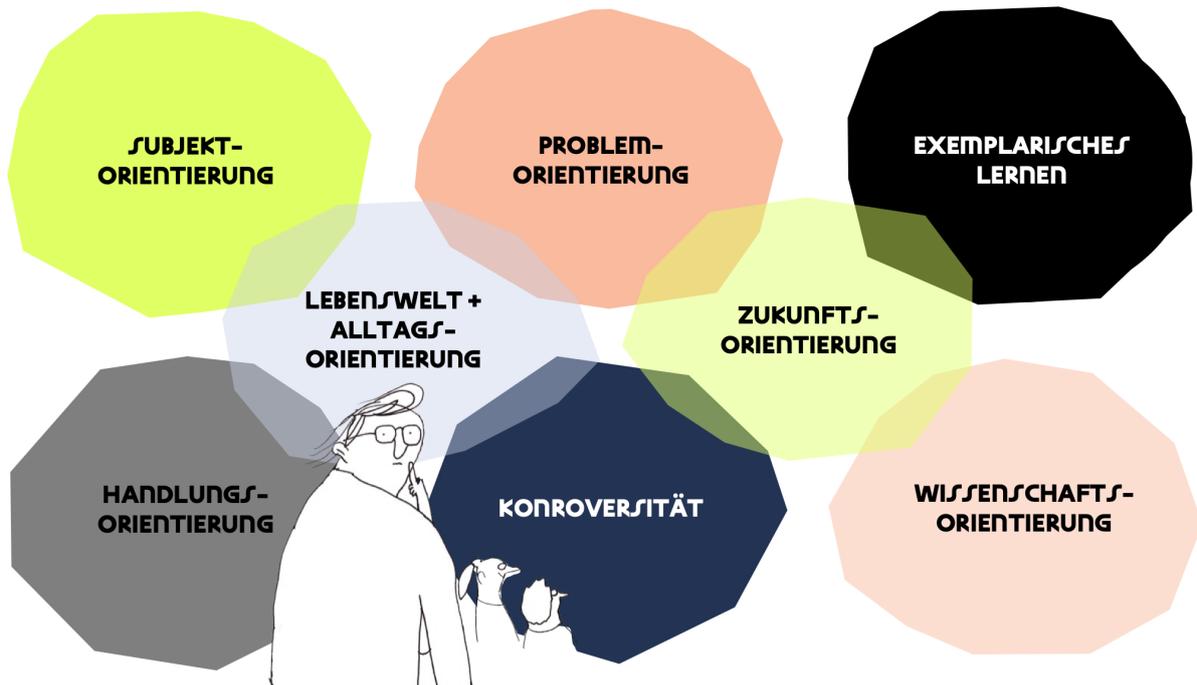
Eine davon ist die **Scheinbeteiligungsfalle**. Sie warnt davor, Menschen im Rahmen politischer Bildung durch Scheinbeteiligungsangebote zu demotivieren. Denn Partizipation will gelernt sein – und das passiert auch im Rahmen politischer Bildung. Bei genauerer Betrachtung handelt es sich bei vielen dieser Angebote aber um Scheinbeteiligung, die in letzter Konsequenz nur Wissen über Partizipationsmöglichkeiten vermitteln wollen oder Partizipationsverfahren simulieren, damit das vermeintlich eingeübt wird. Die Gefahr in diesem Zusammenhang ist, dass ein falscher Eindruck entsteht – wenn wir Menschen in Bildungsprozessen suggerieren, sie könnten in diesen Projekten tatsächlich etwas entscheiden, es dann aber gar nichts zu entscheiden gibt, entsteht Verdrossenheit. Denn wenn das was da geübt wurde, Demokratie ist, dann will man mit dieser Demokratie nichts zu tun haben.

Die letzte Falle ist die **Legitimationsfalle**. Auch sie ist weitverbreitet als man annehmen mag. Gerade in diesen Zeiten. Denn immer dann, wenn die liberale Demokratie unter Druck steht, gerät die politische Bildung oft schnell in die Defensive und versteigt sich in der Legitimation bestehender Strukturen und Verfahren. Legitimation ist aber nicht die Aufgabe politischer Bildung. Sie darf nie im Bestehenden verhaftet bleiben, sondern muss immer offen sein, sich neuen gesellschaftlichen Herausforderung (wertgebunden) zu stellen und nach neuen Lösungen zu suchen.

So, jetzt haben wir auf dem Weg nach Antworten auf die Frage, wann politische Bildung gut ist, ziemlich viel Schlechtes oder Gefährliches in den Blick genommen. Fallen lauern offenbar überall und sie widersprechen sich. Wir müssen Indifferenz vermeiden und gleichzeitig offen bleiben, wir dürfen nicht nur Wissen vermitteln, aber auch keine Beteiligung simulieren. Wir brauchen eine klare Haltung, aber dürfen nicht bevormunden oder in die Legitimationsfalle tappen. Es ist wirklich nicht so einfach – gibt es nicht auch positive Kriterienlisten, an denen man sich orientieren kann?

Die Didaktischen Prinzipien

Die gibt es – sogar mehrere. Eine kennen Sie schon: das war der Beutelsbacher Konsens. Er bestand aus drei Bausteinen. Mit den didaktischen Prinzipien kommen sechs (beziehungsweise acht) weitere Bausteine dazu, wobei sich einige sogar überschneiden. Didaktische Prinzipien sind normative Instrumente zur Beurteilung der Güte politischer Bildung. Sie machen Aussagen darüber, wann politische Bildung gelingt. Ich betone das so deutlich, weil didaktische Prinzipien zuweilen mit Methoden verwechselt werden. Aber didaktische Prinzipien sind *keine* Methoden. Sie liefern keine Handlungsanleitungen oder Schrittfolgen, an die man sich akribisch halten kann. Nichtsdestotrotz sind sie wichtige Werkzeuge, mit denen Bildungsprozesse geplant und reflektiert werden können.



Vielleicht schauen wir uns das zu Beginn an einem Beispiel an, das wir schon kennen. Denn im Set der didaktischen Prinzipien treffen wir auf eine alte Bekannte – Die **Kontroversität**. Damit wird auch in diesem Zusammenhang betont, dass in der politischen Bildung nicht einseitig über politische Sachverhalte diskutiert werden darf oder mit anderen Worten, dass all das, was tatsächlich kontrovers ist (und das ist bei Weitem nicht alles) auch in Bildungsprozessen kontrovers behandelt werden muss.

Natürlich bieten sich zur Sicherstellung dieses Prinzips bestimmte Methoden an – die Pro-Contra-Debatte zum Beispiel oder auch andere Debattenformate. Aber das Prinzip geht in diesen Methoden nicht auf. Es mahnt vielmehr, dass Kontroversität, unabhängig von der gewählten Methode, in jedem Fall und immer gewährleistet sein muss. Sei das nun in einem Einzelgespräch oder einer Vortragsreihe, einem Parlamentsbesuch oder einem Planspiel.

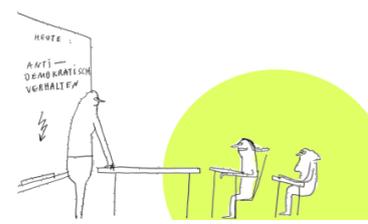


Und so ist es auch bei den anderen didaktischen Prinzipien – nehmen wir einmal die **Subjektorientierung**. Die Subjektorientierung ist vielleicht das wichtigste Prinzip, das wir in der politischen Bildung kennen. Auch dieses Prinzip ist uns aus dem Beutelsbacher Konsens bereits bekannt und erinnert uns daran, dass Bildungsprozesse konsequent von den Interessen der Bildungssubjekte aus gedacht werden müssen. Es gibt unterschiedliche Vokabeln, mit denen dieses Prinzip verbunden wird. In der Schule spricht man von Schüler:innenorientierung – außerhalb von Schule oft von Adressat:innenorientierung. Wir haben uns hier für Subjektorientierung entschieden, weil dieser Begriff – besser als die beiden anderen – betont, dass es um die Interessen von Individuen geht und nicht von Gruppen. Wir halten das für bedeutsam, weil es hilft Zuschreibungsprozesse zu vermeiden im Stile „*Jungs oder junge Männer interessieren sich für Fußball und Mädchen für Pferde, Menschen mit Migrationsgeschichten sind Expert:innen ihrer Herkunftsländer*“ und so weiter und so fort. Sie verstehen, was ich meine – Gleichwohl müssen die meisten von Ihnen ja durchaus Bildungsprozesse für Gruppen planen. Das didaktische Prinzip der Subjektorientierung hält Sie aber auch in diesem Zusammenhang dazu an, nicht alle Bildungsteilnehmer:innen über einen Kamm zu scheren, sondern sich Zeit zu nehmen, um passende Ausgangspunkte für die Gestaltung von Bildungsprozessen zu identifizieren. Das macht Beziehungsarbeit erforderlich, die schulisch leicht, außerschulisch aber oft nur schwer zu leisten ist. Diagnostische Instrumente, mit deren Hilfe das in übersichtlicher Zeit gelingen kann, bietet die John-Dewey-Forschungsstelle übrigens auch in ihrem Shop an.



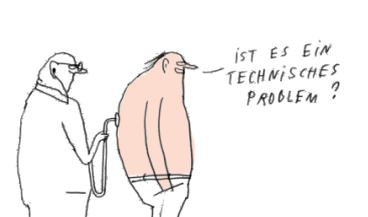
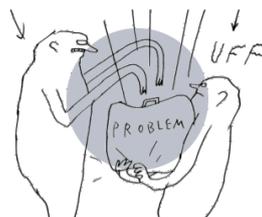
Eine weitere verwandte Vokabel – insbesondere in der außerschulischen politischen Jugend- und Erwachsenenbildung – ist der Begriff der **Lebenswelt- und Alltagsorientierung**. Dieses Prinzip betont, dass Bildungsprozesse so arrangiert und gestaltet werden müssen, dass sie in Beziehung gesetzt werden können zur Lebens- und Alltagserfahrung der Bildungsteilnehmer:innen. Das ist etwas sehr Ähnliches, fokussiert aber weniger auf Interessen als auf Erfahrungen.

HANDLUNGS- ORIENTIERUNG



Als nächstes Prinzip schauen wir uns die **Handlungsorientierung** an. Das Prinzip betont, dass Lernende in der politischen Bildung in Lernprozessen die Möglichkeit erhalten sollen, sich mit den Lerngegenständen nicht nur kognitiv und theoretisch, sondern in unterschiedlichen Handlungssituationen auseinanderzusetzen. Dieses Prinzip hat viele Väter und Mütter. Einer dieser Väter ist aber auch unser Namensgeber John Dewey. Denn das zentrale Anliegen von John Deweys war es, die verlorengegangene Verbindung zwischen Lernen und Leben, und damit auch zwischen Erziehung und Erfahrung, wiederherzustellen. Die wohl populärste, aber leider auch verkürzte Phrase, die von Dewey bekannt geworden ist, lautet wahrscheinlich „*learning by doing*“. Dewey war in der Tat wichtig, dass Lernen nur in Erfahrungssituationen vorankommen kann. Er sah das Lernen aber nicht auf das Tun begrenzt, sondern eher in der Reflexion der gemachten Erfahrung. Das passt sehr gut zu dem zuletzt genannten Prinzip der Alltags- und Erfahrungsorientierung. Nach Dewey ist dieser Zusammenhang auch unvermeidlich. Denn selbst wenn wir Menschen in Lernprozessen keine Möglichkeit zum aktiven Handeln geben, sondern sie in Sitzkreise oder Vortragsräume zwingen, werden sie diese Tätigkeit (also zum Beispiel das Stillsitzen müssen) mit dem Gegenstand verbinden. Kollaterales Lernen nennt Dewey diesen Zusammenhang und plädiert stark dafür, die Handlungssituationen und Möglichkeiten, die in Lernprozessen ermöglicht werden, zu erweitern. Nahliegend wäre es in diesem Zusammenhang auf die Projektmethode zu verweisen – aber Projekte sind nicht die einzigen Möglichkeiten, Lernenden Zugang zum aktiven Handeln zu vermitteln. Wir können und sollten sie auch über die Gestaltung des Lernprozesses selbst mitentscheiden lassen. Denn politisches Handeln will auch gelernt werden.

PROBLEM- ORIENTIERUNG



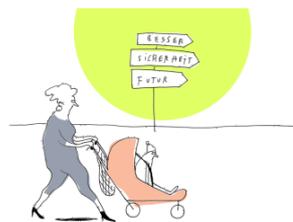
Und damit kommen wir von der Handlungs- zur **Problemorientierung**. Das didaktische Prinzip der Problemorientierung betont, dass Lerngegenstände in der politischen Bildung so ausgewählt und strukturiert werden müssen, dass der Problemgehalt des Politischen erkennbar werden kann. Um die zentrale Bedeutung dieses Prinzips zu unterstreichen, kann man unterschiedliche Wege gehen. Ein Weg wäre lerntheoretisch zu argumentieren und mit dem Verweis auf vielfältige Studien, die das beweisen, sichtbar zu machen, dass Lernprozesse nur auf der Grundlage von „als lebendig empfundenen Problemen“ in Gang gesetzt werden können. Manchen sprechen in diesem Zusammenhang gar von anthropologischen Konstanten und beschreiben den Menschen als problemlösendes Tier.

Es gibt aber noch einen zweiten Weg zur Begründung dieses Prinzips und der ist für uns hier sogar naheliegender und hat mit unserem Gegenstand zu tun. Denn Politik hat in einem ganz grundlegenden Sinn eine problemhaltige Grundstruktur. Oder mit anderen Worten: Nur weil

das Zusammenleben der Menschen Probleme aufwirft, die einer Regelung bedürfen, gibt es überhaupt Politik. Natürlich kann es nicht die Aufgabe politischer Bildung sein, eindeutige Lösungen politischer Probleme zu entwickeln. Sehr wohl geht es aber darum die Fähigkeit einzuüben, politische Probleme aus unterschiedlichen Perspektiven zu betrachten, Lösungen durchzuspielen und sich ein begründetes Urteil zu erarbeiten.

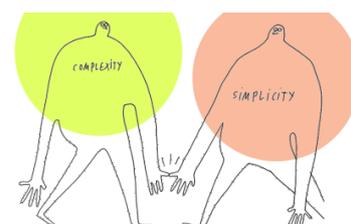
Fassen wir noch einmal zusammen. Im Mittelpunkt von Lernprozessen in der politischen Bildung sollen Probleme stehen und bei der Auswahl dieser Probleme im Kontext der Vorbereitung der Bildungsangebote ist darauf zu achten, dass diese Probleme auch von den Teilnehmenden als lebendig empfunden werden – eben hier ist der Bezug zur Subjektorientierung sowie zur Alltags- und Erfahrungsorientierung erkennbar.

Erlauben Sie mir noch einen letzten Satz zu diesem Zusammenhang. Denn mir begegnet in diesem Zusammenhang oft ein Missverständnis. Auf der Suche nach diesen „als lebendig empfundenen Problemen“ entscheiden sich Bildungsverantwortliche nicht selten für Probleme im Nahbereich der Lernenden. Der fehlende Bolzplatz in der Gemeinde ist ein Klassiker in diesem Zusammenhang. Aber unterschätzen Sie Ihre Zielgruppe nicht. Es geht auch jungen Menschen oft weniger um fehlende Spielplätze als um die Lösung globaler Herausforderungen. Hier lohnt es sich gut zuzuhören und Problemwahrnehmungen auf den Grund zu gehen.



Um diesen Zusammenhang zu unterstreichen spricht Sibylle Reinhardt auch neben der Problemorientierung von der **Zukunftsorientierung** als didaktisches Prinzip. Wir gehen hier nicht näher darauf ein (längere Pause). Was dieser Begriff aber sehr gut leistet, ist zu betonen, dass es in der politischen Bildung nicht um Lerngegenstände von gestern geht, sondern um Bürger:innenbildung für Morgen – das passt zum Prinzip der Problemorientierung und unterscheidet politische Bildung von historischer Bildung.

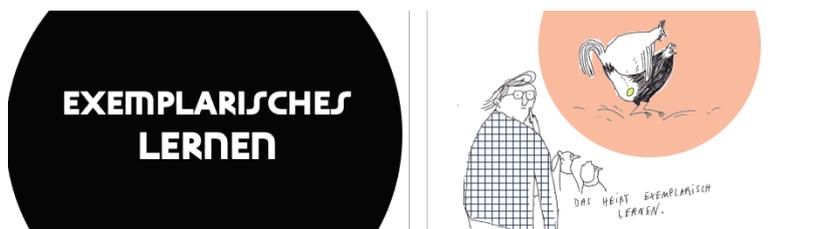
Uns bleiben noch zwei Prinzipien: das sind zum einen die Wissenschaftsorientierung und zum anderen das Exemplarische Lernen.



Beginnen wir mit der **Wissenschaftsorientierung**. Das ist das am häufigsten fehlinterpretierte didaktische Prinzip, weil mit dem Begriff Wissenschaft etwas Anstrengendes und Herausforderndes assoziiert wird. Aber Wissenschaftsorientierung heißt etwas ganz einfaches und das ist in der politischen Bildung auch mit Grundschulkindern von Bedeutung. Das Prinzip

Wissenschaftsorientierung unterstreicht, dass in der politischen Bildung keine widerlegten Tatsachbehauptungen Platz haben dürfen und wir in Bildungsprozessen immer darauf achten müssen, dass wir die Zusammenhänge und Diskussionen, die wir präsentieren, auf dem aktuellen Stand halten müssen. Ich gebe Ihnen ein einfaches Beispiel. Wenn wir in der politischen Bildung über globale Entwicklungsunterschiede sprechen, dann können wir das heute nicht ohne die Berücksichtigung postkolonialer Theorien tun – sei das nun in der Grundschule oder in der Volkshochschule. Die Sprache und Komplexität, die wir für die Auseinandersetzung wählen, ist natürlich jeweils an die Zielgruppe anzupassen. Die Zusammenhänge dürfen trotzdem nicht den Blick auf die Wirklichkeit verstellen.

Mit dem Begriff Wissenschaftsorientierung ist aber noch ein weiterer Zusammenhang verbunden. Es geht in dem Zusammenhang nämlich nicht nur darum, dass Lernende Zugang zu zeitgemäßen Deutungen politischer und gesellschaftlicher Zusammenhänge erhalten, sondern auch verstehen, wie diese Deutungen zustande kommen und wo die Grenzen der Erkenntnisse liegen. Es geht hier also auch um die Anbahnung eines sozialwissenschaftlichen Methodenverständnisses und um die Fähigkeit selbst politische und soziale Zusammenhänge methodengeleitet zu befragen.



Den Abschluss macht das didaktische Prinzip **Exemplarisches Lernen**. Das Exemplarische Lernen ist eigentlich kein politikdidaktisches, sondern ein allgemeindidaktisches Prinzip. Denn nicht nur in der politischen Bildung, sondern in Bildungsprozessen allgemein haben wir das Problem, dass es immer mehr relevante Bildungsgegenstände gibt als Zeit zur Verfügung steht. Deshalb müssen – auch wenn das oft weh tut – Bildungsgegenstände aussortiert werden. Um aus der Fülle interessanter und relevanten Dinge auszuwählen, mahnt uns das didaktische Prinzip des Exemplarischen Lernens dazu an, Lerngegenstände so zu bestimmen, dass an ihnen verallgemeinerbare Erkenntnisse zustande kommen können.

Fazit und Ausblick

Damit haben wir alle didaktischen Prinzipien zusammen. Sie helfen bei der Auswahl und Strukturierung von Bildungsprozessen und -gegenständen und helfen uns, politische Bildung gut zu machen. Ich habe am Anfang von sechs Prinzipien gesprochen, jetzt sind es doch acht geworden – wobei die Lebenswelt-, Alltags- und Zukunftsorientierung in Überschneidungsfeldern liegen und deshalb hier auch nur sehr kurz angesprochen wurden.

Was haben wir jetzt auf dem Tisch im Hinblick auf die Frage, wie politische Bildung gelingen kann? Wir haben den Beutelsbacher Konsens kennengelernt mit seinen drei Leitsätzen, hier links im Bild. Und wir haben die didaktischen Prinzipien kennengelernt – sie stehen hier im Zentrum. Wenn wir uns jetzt noch erinnern, dass Bildungsprozesse in der politischen Bildung immer auf Mündigkeit – und das heißt konkret auf die Entwicklung politischer Urteilsfähigkeit, politischer Handlungsfähigkeit und methodischer Fähigkeiten – gerichtet sind, haben wir

einen umfangreichen Instrumentenkasten zur Bestimmung der Güte von Bildungsprozessen in unserem Feld. Im Kern handelt es sich um ein Drei-Säulen-Modell. Dieses Modell ist die kompakteste Beschreibung, die es in diesem Zusammenhang gibt. Sie können in diesem Modell auch erkennen, dass sich die Bausteine der einzelnen Säulen ergänzen und überschneiden und damit nicht zwölf, sondern in letzter Konsequenz nur sechs Kernelemente zu berücksichtigen sind. Das bedeutet nicht, dass sich auf die Frage, was gute politische Bildung ist, nicht auch noch weitere wichtige Aussagen treffen lassen – aber für den Anfang haben Sie mit diesem Modell eine gute Basis.

Das war es erst einmal für heute. Wir hoffen, unser Stück hat Ihnen gefallen und hilft Ihnen, eigene Praxis in der politischen Bildung zu planen und – was noch wichtiger ist – zu reflektieren. Denn auch in der politischen Bildung gilt der Satz: „Der Weg ist das Ziel“.

Dresden im zweiten pandemischen Sommer
August 2021



John Dewey
Forschungsstelle
für die Didaktik
der Demokratie



DIE JODDID WIRD FINANZIERT
DURCH MITTEL AUF DER
GRUNDLAGE DES VOM
SÄCHSISCHEN LANDTAG
BESCHLOSSENEN HAUSHALTS



**TECHNISCHE
UNIVERSITÄT
DRESDEN**